

keine andere Organisation hat rund ein halbes Jahrzehnt so viel zur Politisierung des Bürgertums in den deutschen Staaten beigetragen wie der Nationalverein. Dies nachgezeichnet zu haben, ist das Verdienst Shlomo Na'amans.

*Dieter Langewiesche, Tübingen*

Hans-Georg Aschoff, *Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866–1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 83), Droste Verlag, Düsseldorf 1987, IX, 433 S., Ln., 78 DM.*

Die vorliegende Studie wurde im Sommer 1986 der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften an der Universität Hannover als Habilitationsschrift vorgelegt. Der Autor ist seit 1975 am dortigen Historischen Seminar tätig.

Ausgangspunkt für seine Arbeit bilden die Ereignisse im Zusammenhang mit der Auflösung des Königreiches Hannover durch Preußen im Jahre 1866. Der Verlust der eigenen Staatlichkeit wurde zum Kristallisationspunkt einer antipreußischen Sammlungsbewegung, die zunächst als Hannoverscher Wahlverein, später als Deutschhannoversche Partei einen beträchtlichen Zulauf erhielt. Im Laufe der Zeit standen sich in der preußischen Provinz Hannover praktisch zwei Wahlblöcke gegenüber: die preußen- und regierungsfreundlichen Nationalliberalen, die reichsweit im Bündnis mit den Freikonservativen Bismarcks Politik unterstützten, und ein Oppositionsblock aus Welfenpartei und dem katholischen Zentrum, der sich seit den späten 70er Jahren zur einflußreichen politischen Kraft entwickelte.

Die Einverleibung Hannovers in das preußische Herrschaftsgebiet, betont Aschoff, entsprang keiner gezielten Annexionspolitik Bismarcks. Vielmehr hatten der Sieg über Österreich 1866 und die daraus resultierende starke Stellung Preußens günstige Voraussetzungen geschaffen, die eigene Machtstellung auszubauen und zugleich dem Problem einer bedenklichen Österreich-Sympathie im Königreich Hannover entgegenzutreten. Nicht zuletzt hatten der Abbruch der Neutralitätsverhandlungen mit Preußen durch Georg V. und die Ablehnung des preußischen Ultimatums, ein Bündnis einzugehen, die Streitkräfte zu reduzieren und den preußischen Oberbefehl über die verbündeten Truppen zu akzeptieren, maßgeblich dazu beigetragen, das Ziel der deutschen Einigung auch über das Königreich und seine territorialen wie dynastischen Rechte hinweg zu verwirklichen.

Die Mißbilligung dieser Annexionspolitik wurde zur Hauptgrundlage der welfischen Oppositionsbewegung. Über dies hinaus verbanden die Reichstagskandidaten allenfalls vage föderalistische Zielsetzungen wie die Eindämmung des preußischen Zentralismus und die Aufrechterhaltung eigenständiger regionaler Rechte und tradiertener Einrichtungen. Trotz der föderalistischen und christlich orientierten Grundausrichtung der DHP, die sie in zeitweilig enge Verbindung zur Zentrumspartei brachte, fehlte ihr letztlich eine klare programmatische Ausrichtung, wie sie der politische Katholizismus oder die Arbeiterbewegung besaßen. Grundsätzlich konservativ ausgerichtet, blieb doch das einzig bindende Element für Parteimitglieder wie ihre Wählerschaft die Restaurationsforderung für das hannoversche Königreich.

Aschoff geht im Verlauf seiner Arbeit detailreich der Entstehung und Entwicklung, den Organisationsstrukturen und der Programmatik der Deutschhannoverschen Partei während des Kaiserreiches und ihren Beziehungen zur Zentrumspartei nach. Es geht ihm darum, nicht nur die Umstände aufzuzeigen, die eine Zusammenarbeit der heterogenen Gruppierungen ermöglichten, sondern auch die Gründe, die schließlich zur Aufkündigung des politischen Zweckbündnisses führten. Daneben geht der Autor zugleich den Besonderheiten des »niedersächsischen« Regionalismus und Partikularismus nach.

Er hat sich damit der mühseligen Aufgabe unterzogen, einen bisher vernachlässigten Bereich der hannoverschen Geschichte trotz einer vergleichsweise ungünstigen Literatur- und Quellenlage aufzuarbeiten. Den unwiderbringlichen Verlust des Parteiarchivs der DHP etwa – praktisch blieben nur einige verstreute Zeitungsausschnittsammlungen erhalten – gleicht der Verfasser zu einem guten Teil durch die Heranziehung von Ersatzquellen aus. Als aussagekräftig erwiesen sich neben Regierungsakten, stenographischen Berichten der verschiedenen Abgeordneten Häuser und Parteizeitungen vor allem Bestände des Königlichen Hausarchivs in Gmunden und Nachlässe herausragender Parteimitglieder der DHP. Für die Darstellung der Beziehungen zur Zentrumsparterie zog der Autor hannoversche Parteiblätter heran. Auch hier fehlten einschlägige Primärquellen.

Die Gründe für den Niedergang der Welfenpartei schon in den 90er Jahren sieht Aschoff vor allem in der wachsenden Akzeptanz des außen- und innenpolitisch erstarkenden deutschen Nationalstaats. Das die verschiedenen politischen Richtungen zeitweise zusammenführende Anti-Preußentum und der Kampf um die Wiedergewinnung eines selbständigen welfischen Territoriums reichten für eine dauerhafte Bindung zwischen Konservativen, Katholiken, Liberalen und Arbeitern nicht aus. Hatte die DHP in dieser Region zunächst noch Unterstützung von Parteien und Gruppen erhalten, die durch ihre gemeinsame Opposition zur Regierung zusammengehalten wurden, so schreckte die Entwicklung der DHP zur ausschließlich hannoverschen Regionalpartei langfristig doch viele Wähler ab, sei es, weil sie inzwischen die Nationalstaatlichkeit guthießen oder als Katholiken ohnehin ultramontan orientiert waren und in der vom Kulturkampf geprägten Atmosphäre um ihre Eigenständigkeit in einem welfisch-protestantisch dominierten Königreich fürchteten.

Die grundsätzlich konservative Ausrichtung der Partei half ihr über den zunehmenden Verlust an Wählern nicht hinweg. Weder hatte sie wie das Zentrum einen starken Rückhalt in einem weitverzweigten Vereinswesen, noch erhielt sie wie die Konservativen und Nationalliberalen Unterstützung durch den staatlichen Verwaltungsapparat.

Bei der Analyse der zeitweilig großen Anziehungskraft der welfischen Partei für Wähler aller Schichten bemüht sich Aschoff, die globalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge miteinzubeziehen, im einzelnen stößt er jedoch oft auf quellenbedingte Grenzen, so daß Fragen zur Sozialstruktur der Partei, zu den leitenden Orientierungen ihrer Mitglieder und ihren Beweggründen für die Unterstützung der Partei kaum beantwortet werden können.

Über seinen eigentlichen Untersuchungszeitraum hinaus schließt der Autor seine Arbeit mit einem Ausblick auf die Entwicklung der DHP in der Weimarer Republik, in der sie als eine der zahlreichen bürgerlich-mittelständischen Interessenparteien der NSDAP im Gefolge der Weltwirtschaftskrise erhebliche Wählerschichten zuführte. Der welfisch-adlige Führungskern der DHP blieb gegen den Nationalsozialismus jedoch weitgehend resistent.

Der rapide Niedergang der Partei in den 20er Jahren hatte seinen Ausgang bei der Vorabstimmung für eine Wiederherstellung eines selbständigen Landes Hannover genommen. In der davon betroffenen Region hätte mindestens ein Drittel der Bevölkerung einen Volksentscheid über diese Frage fordern müssen. Nur 25,5 % der Wahlberechtigten sprachen sich jedoch dafür aus. Im Gefolge dieser politischen Niederlage, die der DHP praktisch ihre Argumentations- und Berechtigungsgrundlage entzog, sank ihr Stimmenanteil von 1924 noch 14,9 % auf 2,5 % im Jahre 1932.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stand die »Niedersächsische Landespartei«, später »Deutsche Partei«, in personeller und zum Teil auch programmatischer Kontinuität zur alten DHP. Mit der Gründung des Landes Niedersachsen im Jahre 1946 wurden die welfischen Forderungen jedoch zum großen Teil eingelöst, und die Partei verlor erneut ihre Argumentationsgrundlage. Langfristig ging sie schließlich in der niedersächsischen CDU auf.

Mit der Darstellung der Geschichte der DHP während des Kaiserreichs, wobei die Beziehungen zwischen Welfen und Katholiken im Mittelpunkt stehen, hat Aschoff einen wichti-

gen Beitrag zur Geschichte Hannovers vorgelegt. Im Anhang sind die Reichstagswahlergebnisse in den hannoverschen Wahlkreisen für den Zeitraum 1867 bis 1912, die Namen der DHP-Kandidaten und der jeweiligen Gegenkandidaten samt ihrer erreichten absoluten Stimmenzahl beigelegt.

*Doris von der Brölie-Lewien, Göttingen*

Wolfgang R. Krabbe, Kommunalpolitik und Industrialisierung. Die Entfaltung der städtischen Leistungsverwaltung im 19. und frühen 20. Jahrhundert: Fallstudien zu Dortmund und Münster (= Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 74), Verlag W. Kohlhammer/Deutscher Gemeindeverlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1985, 397 S., kart., 48 DM.

Das Forschungsinteresse an der Geschichte von Verstädterung und Urbanisierung hat sich in den letzten Jahren in deutlicher Weise in Richtung auf die Frage nach dem Anteil der kommunalen Dienstleistungen und Daseinsvorsorgemaßnahmen an diesen Prozessen erweitert. Indiz dafür ist u. a. die Einrichtung eines einschlägigen Schwerpunktprogramms durch die DFG »Die Stadt als Dienstleistungszentrum« 1986/87. Mit der hier anzuzeigenden Dortmunder Habilitationsschrift von Krabbe liegt ein erster umfassenderer Versuch vor, durch die exemplarische Untersuchung der beiden unterschiedlich strukturierten Städte Dortmund und Münster einen Beitrag zur Aufhellung des Fragenkomplexes zu liefern, welches die sozioökonomischen Herausforderungen an die Adresse der Städte seit dem frühen 19. Jahrhundert waren, auf welcher (rechtlichen, personellen, materiellen, evtl. auch ideologischen) Grundlage, wie und mit welchen Mitteln sie darauf reagiert haben, welche innovativen Potentiale dabei freigesetzt wurden und wie die Ergebnisse und Folgen der gewaltigen Ausweitung der kommunalen Daseinsvorsorge und Leistungsverwaltung bis zum Ersten Weltkrieg im Rahmen moderner Urbanisierungsgeschichte wie auch im Kontext der Entstehung und Durchsetzung sozialstaatlicher Prinzipien zu bewerten sind.

Krabbe will mit seiner Arbeit ausdrücklich über die bereits vorhandenen Darstellungen des kommunalpolitischen Potentials hinaus kommen und den kommunalpolitischen »Verhandlungs- und Entscheidungsprozeß« als solchen, d. h. die »Entfaltung der Leistungsverwaltung [. . .] in ihrer ganzen Bandbreite« (S. 6) untersuchen. Zu diesem Zweck stellt er seinen Fallstudien ein Überblickskapitel voran, welches sich ganz allgemein mit den Zielen und Funktionen der kommunalen Selbstverwaltung, mit den drei unterschiedlichen Kategorien von Leistungsverwaltung (polizeiliche Gemeindeanstalten, kommunale Gewerbebetriebe, sozialpolitische Anstalten, vgl. S. 22) und mit den Tendenzen zur Professionalisierung bzw. Bürokratisierung sowie zu einem »Munizipalsozialismus« in den deutschen Städten bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts beschäftigt. Es folgt eine Darstellung der strukturellen und kommunalpolitischen Grundlagen Dortmunds und Münsters im 19. Jahrhundert, ehe Krabbe dann in seinem dritten Kapitel, dem eigentlichen Hauptkapitel der Arbeit, ausführlich die Entstehung, Kommunalisierung und wirtschaftliche Bedeutung der jeweiligen »Gemeindebetriebe« (von den Wasserwerken bis zu den Stadthäfen) behandelt. Den »sozialpolitischen Anstalten«, d. h. den Daseinsvorsorgemaßnahmen im engeren Sinn (z. B. den Anstalten der Armenpflege, den Arbeitsnachweisen, Sparkassen und Leihanstalten, Krankenhäusern) widmet der Verfasser dagegen nur ganze acht Seiten. Die Arbeit schließt mit einer Analyse der Finanzpolitik in den beiden Städten, die er von vornherein als »Funktion der Leistungsverwaltung« interpretiert: Die Frage nach »Henne oder Ei« wird also gleich klar beantwortet, was immerhin m. E. diskussionswürdig ist, da man umgekehrt durchaus einen Teil der Leistungsverwaltung auch als Funktion der Finanzpolitik verstehen kann.

Insgesamt identifiziert Krabbe drei deutlich voneinander unterscheidbare Etappen auf dem Weg von der älteren Vermögens- bzw. Hoheitsverwaltung und Honoratiorenselbstverwal-